

N i e d e r s c h r i f t
der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Bildungsausschusses am 01.04.2009

öffentlich

Ort:	Stadthaus, Kleiner Saal, Marktplatz 2, 06100 Halle (Saale)
Zeit:	17:00 Uhr bis 19:30 Uhr
Anwesenheit:	siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Martin Bauersfeld	CDU
Frau Dr. Annegret Bergner	CDU
Herr Hendrik Lange	DIE LINKE.
Frau Ute Haupt	DIE LINKE.
Herr Erhard Preuk	DIE LINKE.
Herr Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD
Herr Dr. Andreas Schmidt	SPD
Frau Sabine Wolff	NEUES FORUM
Frau Dr. Regine Stark	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Herr Ralf-Jürgen Kneissl	SKE
Frau Helga Koehn	SKE
Herr René Trömel	SKE
Herr Tobias Kogge	BG
Frau Brigitte Thieme	GRAUE
Herr Klaus Adam	SKE
Frau Monika Engelhardt	SKE
Frau Katharina Rommel	SKE
Herr Andreas Schachtschneider	SKE

Es fehlen:

Herr Dr. Holger Heinrich	CDU
Frau Elke Schwabe	WIR. FÜR HALLE.
Herr Wolfgang Pannicke	SKE
Frau Wencke Gabert	SKE
Frau Elisabeth Nagel	DIE LINKE

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschriften vom 14.01.09 und 03.02.2009
4. Beschlussvorlagen
 - 4.1. Fortschreibung und Präzisierung der Mittelfristigen Schulentwicklungsplanung in der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2009/10 - Aktualisierung für das Schuljahr 2008/09
Vorlage: IV/2009/07906
 - 4.2. Verwendung der Investitionsmittel aus dem Konjunkturprogramm II
Vorlage: IV/2009/07923
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 - 5.1. Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zum Konjunkturprogramm II
Vorlage: IV/2009/07842
6. schriftliche Anfragen von Stadträten
7. Mitteilungen
 - 7.1. Informationen zu den angemeldeten und bestätigten EFRE-Mitteln
 - 7.2. Erste Informationen zur Anwahl an weiterführenden Schulen
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Anregungen

**zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der
Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Frau Dr. Bergner begrüßt die Ausschussmitglieder und Gäste.
Einladung erfolgte ordnungsgemäß.

Beschlussfähigkeit ist gegeben.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Die Verwaltung beantragt die Erweiterung der Tagesordnung um die Tagesordnungspunkte

- 4.2 Verwendung der Investitionsmittel aus dem Konjunkturprogramm II
Vorlage IV/2009/07923

und

- 5.1 Antrag der Fraktion DIE LINKEN im Stadtrat zum Konjunkturpaket II
Vorlage IV/2009/7842

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

zu 3 Genehmigung der Niederschriften vom 14.01.09 und 03.02.2009

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

zu 4 Beschlussvorlagen

zu 4.1 Fortschreibung und Präzisierung der Mittelfristigen Schulentwicklungsplanung in der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2009/10 - Aktualisierung für das Schuljahr 2008/09 Vorlage: IV/2009/07906

Fortschreibung und Präzisierung der Schulentwicklungsplanung für das Schuljahr 2009/10 –
Aktualisierung für das Schuljahr 2008/09 -

Herr Hildebrand begründet die Vorlage, indem durch das LVwA in Verbindung mit dem bereits durch den Stadtrat bestätigten Beschluss zur Fusion der Grundschulen Trotha und Eisler zum 01.08.2009 noch ein formaler Beschluss zur Auflösung beider Grundschulen zum 31.07.2008 erforderlich ist.

Dies wird mit der vorliegenden Vorlage erfüllt.

Abstimmungsergebnis:

9 x Ja-Stimmen
0 x Enthaltung
0 x Nein-Stimmen

Einstimmig zugestimmt

zu 4.2 Verwendung der Investitionsmittel aus dem Konjunkturprogramm II Vorlage: IV/2009/07923

Herr Kogge erläutert die Notwendigkeit des Beschlussvorschlages zur Umsetzung investiver Maßnahmen.

Er verweist auf die 3 Säulen Investplanung – EFRE-Förderung im Schulbereich – Konjunkturpaket in seinen einzelnen Teilen.

Die Vorlage setzt sich eigentlich aus mehreren Einzelbeschlüssen zusammen und nennt Teile die noch zu beschließen sind, verweist aber auch auf die Prioritätenliste Schulbau, die schon beschlossen ist.

Sein Fazit an die Ausschussmitglieder: Alle finanziellen Mittel die nach Halle fließen, fließen in die richtige Richtung!

Herr Hildebrand ergänzt und verweist auf die Kriterien für das Konjunkturpaket, wonach insbesondere energetische Maßnahmen realisiert werden sollen.

Davon ausgehen 5 Schwerpunkte nach denen Programm erstellt wurde:

1. Ergebnis der EFRE-Förderung - nur IGS berücksichtigt, für andere beantragte Objekte Alternativen in den anderen Programmen suchen
2. Aktualisierung der Prioritätenliste – Nr. 5 – 16 in Konjunkturprogramm aufnehmen zzgl. TH Fliederweg (Notwendigkeit auch durch Zusammengehen mit SEK Schiller)
3. Schnell realisierbare Vorhaben, d. h. Vorhaben wo Planungsleistungen schon vorliegen (Phase 4) oder wo Wiederverwendungsprojekte angewandt werden können.
4. Problem Auenschule und GS Büschdorf (Hort, Dach, Wärmedämmung)
5. Sonderprobleme wie Fenster Pestalozzischule

Kommunales Bildungszentrum mit VHS, BbS III und Bibliothek

Derzeitiges Gesamtvolumen 17,8 Mio Euro.

Frau Rommel möchte nochmals die Begründung für die Beschlussvorlage und möchte die veränderte Reihenfolge bezogen auf Auenschule und Wolff-Gymnasium begründet haben.

Frau Dr. Bergner und Frau Wolff möchten wissen, ob es Maßnahmen über PPP geben wird und fragen an, wieso die Situation Fenster an der Pestalozzischule entstehen konnte, wer verantwortlich ist.

Herr Trömel schließt sich der Frage nach den Fenstern an und möchte wissen warum dies erst im nachhinein festgestellt wurde.

Herr Bauersfeld möchte wissen, warum SEK Reil nicht im EFRE-Programm berücksichtigt wurde.

Herr Lange fragt warum vorwiegend Turnhallen im Konjunkturprogramm, möchte ebenfalls nochmal eine Aussage zur Auenschule und ob es schon Vorstellungen zur Umsetzung der Maßnahmen aus dem Konjunkturprogramm auf die Jahre 2009 und 2010¹ gibt.

Herr Kogge fasst die Fragen zusammen und antwortet:

1. Die Verwaltung ist verpflichtet, dem Stadtrat die geplanten Maßnahmen zur Kenntnis zu geben. Eine Grundlage für eine Beschlussfassung ist nicht gegeben, da die für die Beschlussfassung erforderlichen finanziellen Mittel noch nicht bewilligt sind.
2. Die AG hat den Fortbestand Auen bestätigt. Die damit verbundene Sanierung oder Neubau oder.. ist nur langfristig machbar und nicht im Zeitplan des Konjunkturprogrammes zu realisieren.
Zu berücksichtigen ist auch die Reaktivierung der GS Glaucha im SEPI 2010
3. Das Wolff-Gymnasium wurde frühzeitig saniert. Fehlende Fassadendämmung jetzt zu ende bringen. Unabhängig davon ist über die inhaltliche Ausgestaltung des Gebäudes in nächster Zeit zu reden.
4. Die Fenster der Pestalozzischule wurden vor 15 Jahren saniert. Geminderte Qualität (z.B. grünes Holz verarbeitet) führt jetzt zu Ersatzmaßnahme. Durch fristgerechte Übergabe besteht Zugzwang zu entscheiden. Mit neuen Fenstern auch Verbesserung der Energiewerte.
5. Für weitere PPP-Objekte ist die derzeitige Finanzmarktsituation ungünstig.
6. Die in der ersten EFRE-Phase nicht berücksichtigten Objekte werden in der zweiten Phase erneut eingereicht. Dabei steht die SEK Reil an erster Stelle. Eine Doppelbeantragung der Objekte in zwei Förderprogrammen ist nicht möglich.

Herr Hildebrand ergänzt, dass die Einbeziehung der Turnhallen nicht willkürlich erfolgte. Sie stehen u.a. auf den Plätzen 11 – 13 der Prioritätenliste. Planung für Turnhallen auf Grund von Wiederverwendungsprojekten kurzfristig möglich. Damit Zeitschiene des Konjunkturprogrammes umsetzbar und bei den Turnhallen auch die Vorgabe der Umsetzung energetische Maßnahmen zu realisieren.

Gleiches gilt für das Objekt des Wolff-Gymnasiums.

Großprojekte werden auch nach Vergaberecht im Jahr 2010 nicht zu realisieren sein.

Frau Rommel fragt nochmals zur Glauchaschule wo es keinen Beschluss des SR/BA gibt, nur Verwaltungsvorstellungen, keine Veränderungen von Maßnahmen. In den jetzigen Unterlagen teilweise höhere Kosten ausgewiesen als in Prioritätenliste.

Herr Trömel fragt nochmals nach den Fenstern und warum die Mängel erst im nach hinein festgestellt wurde.

Herr Kogge antwortet, dass u.a. die Zuweisung nach Schülerzahlen erfolgt. Die Projekte werden genehmigt, wobei noch nicht feststeht nach welchen Kriterien. Damit Möglichkeit die bisher gebundenen Eigenmittel frei zu lenken bzw. anders zu verteilen. Mit den einzelnen Maßnahmen und den einzelnen Planungsschritten ist zu prüfen, welche Maßnahmen die Nicht über das Konjunkturprogramm realisiert werden können dann zusätzlich realisierbar sind.

Die Finanzierung der Fenster erspart lange Verhandlungen mit PPP-Träger (vgl. Zugzwang der Fertigstellung), PPP-Rahmen verändert sich nicht.

Gutachten war von Aufarbeitungsmöglichkeit ausgegangen.

Durch Verbesserung der Energiewerte durch die neuen Fenster wird es über 25 Jahre eine Verrechnung mit den geplanten Betriebskosten geben, wobei 385 T Euro zurück fließen.

Eine lückenlose Nachverfolgung der Zuständigkeiten beim ZGM ist nicht möglich.

Die nächste Schulentwicklungsplanung wird in diesem Jahr erarbeitet. Dort auch Aussagen wie weiter mit der GS Auen und Glaucha.

Herr Hildebrand ergänzt, dass in der Prioritätenliste geschätzte Summen ausgewiesen sind. Ist auch diesbezüglich in der Liste ausgewiesen. Jetzt liegen konkrete Kosten nach Bauphase 2 vor, die durchaus abweichen können.

Herr Kneissl fragt, wie die Verwaltung die Chancen für die SEK Reil sieht?

Frau Dr. Bergner fragt generell nach der Reihenfolge und in wie weit das Konservatorium in die Förderprogramme einbezogen ist?

Herr Hildebrand verweist auf den morgigen Tag, an dem in Magdeburg das MK die Bewertung der EFRE-Anträge auswerten will.

Herr Kogge unterstreicht nochmals, dass die SEK Reil für die 2. Phase wiederum auf Platz 1 steht.

Für die 4,8 Mio Euro, die sofort zu realisieren sind, gibt es Vorstellungen, wie vorzugehen ist. So z. B. zur Druckerei für Planungsmittel oder auch besondere Möglichkeiten wie im Bereich Weiterbildung in Verbindung mit Museumspädagogik.

Es gibt auch einen Sondertopf für Musikschulen. Hier ist vorgesehen, dass Haus II des Konservatoriums zu sanieren.

Die Verteilung der Mittel erfolgt vom Bund über das Land an die Kommunen.

Land ist weitestgehend in der Pflicht die richtigen Objekte zu bestätigen.

Herr Lange informiert, dass das MK den Punktekatalog der Bewertung der EFRE-Anträge im BA des Landtages vorgestellt hat. BA hat MK aufgefordert das Material zum Ranking den Kommunen zur Verfügung zu stellen.

Herr Lange weist weiterhin auf das Verfahren zur Abstimmung zur Vorlage hin und plädiert für eine Kenntnissnahme des Beschlusses.

Herr Kogge zweifelt die Machbarkeit dieses Vorgehens zu einem Beschluss an. Sieht besonders den Gesamteindruck des Beschlusses verloren gehen.

Frau Dr. Bergner schlägt vor, kurzfristig eine geänderte Vorlage vorzulegen, in der nach Punkt 1 die Vorlage zur Kenntnis genommen wird.

Herr Dr. Schmidt verweist darauf, dass viele Anträge beim Land vorliegen. Mittel sollen Hilfen für die Konjunktur sein. Andere Kreise sind schneller mit dem Beschluss. Wenn Aufschub des Verfahrens, Gefahr, dass Bescheid vor Beschluss ergeht.

Gemeinsam im Interesse der Stadt für Beschluss votieren.

Abstimmung zum Änderungsantrag auf Änderung der Beschlussvorlage

Abstimmung	3 x Zustimmung
	4 x Ablehnung
	2 x Enthaltung

mehrheitlich abgelehnt.

Herr Dr. Schmidt verweist auf die Geschäftsordnung wonach der Beschluss beraten sein muss, egal ob Zustimmung oder Beschluss. Nur zu Pkt. 1 der Vorlage zu beschließen damit ausgeschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Einzelabstimmung

Zu Pkt. 1	8 x Ja-Stimmen 0 x Enthaltung 1 x Nein-Stimmen
Zu Pkt. 2	5 x Ja-Stimmen 0 x Enthaltung 4 x Nein Stimmen
Zu Pkt. 3	2 x Ja Stimmen 7 x Enthaltung 0 x Nein Stimmen
Zu Pkt. 4	9 x Ja Stimmen 0 x Enthaltung 0 x Nein Stimmen

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 5.1 Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zum Konjunkturprogramm II Vorlage: IV/2009/07842

Herr Lange begründet den Antrag seine Fraktion und betont, dass es um die Legitimierung der Verwaltungsvorschläge per Stadtratsbeschluss geht und nicht nur um eine Kenntnisnahme.

Warum soll der Stadtrat den Verwaltungsvorschlägen folgen, ohne dass er seine Position dazu einbringen kann.

Herr Dr. Schmidt verweist darauf, dass die Diskussion und Beschlussfassung im Stadtrat dazu führen wird, dass einzelne Maßnahmen gestrichen werden müssen. Da aber Maßnahmen bereits eingereicht, bedeutet dies ein Rückziehen von Maßnahmen bei gleichzeitiger Nachreichung anderer Projekte. Sieht Zeitverlust der sich bei den Zuweisungen negativ auswirken könnte. Verweist auf Vorgehen in anderen Landkreisen. Sieht Imageschädigung der Stadt.

Frau Rommel merkt an, dass das Vorgehen anderer Landkreise der Stadt egal sein kann es geht um die Einbindung des Stadtrates bei diesen wichtigen Entscheidungen.

Herr Dr. Fikentscher sieht bei der Vergabe der Fördermittel einen Wettlauf zwischen den Kreisen.

Wenn Stadtrat erst diskutiert, wird Stadt Halle verlieren.

Herr Dr. Schmidt ergänzt, dass die Anträge eingereicht sind, aber nach Position der LINKEN die Anträge nicht legitimiert sind. Es besteht keine Rechtsgrundlage für die Antragstellung, aber alle beschäftigen sich damit.

Frau Dr. Bergner sieht erpresserische Ansätze, wenn der Stadtrat die Vorschläge der Verwaltung nur zur Kenntnis nehmen soll und keinen Beschluss dazu fassen soll. Sieht kein zeitliches Problem, da Stadtrat noch im April entscheiden könnte.

Frau Dr. Stark fühlt sich verunsichert zur Vorgehensweise, möchte aber nicht auf Entscheidung verzichten.

Herr Bauersfeld ergänzt, dass, wenn keine Beschlüsse kein Verfahren zu den Fördermitteln bisher existiert, auch keine Frist verstreichen kann wo Anträge hätten eingereicht werden müssen.

Die gebotene Eile darf kein Blankoscheck für die Verwaltung sein.

Herr Kogge verweist darauf, dass über die Ausschüsse die Stadträte frühzeitig eingebunden wurden.

Die Liste, was gemacht werden soll lag frühzeitig vor.

Die Prioritätenlisten, welche bestätigt sind, wurden systematisch abgearbeitet. Die 3 Fördermitteltöpfe gilt es parallel zu bearbeiten. Einzige Maßnahme, die bisher nicht enthalten war ist die Auenschule.

Herr Lange verweist darauf, dass erst im April der Landtag über das weitere Verfahren entscheiden wird.

Seine Fraktion will auch in diesem Verfahren die demokratischen Grundlagen bewahren.

Herr Dr. Schmidt gibt nochmals zu bedenken, dass im Herbst über weitere EFRE-Mittel entschieden wird. Bis dahin werden sich die Zuweisungen aus dem Konjunkturpaket II erledigt haben.

Frau Dr. Bergner bittet um Abstimmung zum Antrag der LINKEN.

Abstimmungsergebnis:

Abstimmung	5 x Zustimmung
	2 x Ablehnung
	2 x Enthaltung

zu 6 schriftliche Anfragen von Stadträten

—

zu 7 Mitteilungen

zu 7.1 Informationen zu den angemeldeten und bestätigten EFRE-Mitteln

Herr Hildebrand gibt bekannt, dass die Stadt Halle für die IGS 4 Mio Euro bewilligt bekommen hat.

Alle anderen eingereichten Vorhaben wurden nicht bestätigt. Das MK führt am 02.04. mit den Landkreisen und kreisfreien Städten eine Auswertung der Antragsstellung durch. Die Stadt erhofft sich dort nähere Informationen zu den Ablehnungen.

zu 7.2 Erste Informationen zur Anwahl an weiterführenden Schulen

Herr Hildebrand informiert über die Bewerbungen für die einzelnen Sekundarschulen, Gesamtschulen und Gymnasien (vgl. Anlage)

Herr Dr. Fikentscher fragt nach, ob damit mehr Schüler erfasst sind als tatsächlich vorhanden.

Herr Zschocke: Nein, Erfassung erfolgte an Hand der Schullaufbahnerklärungen der Eltern. Doppelanmeldungen kommen dadurch zustande, dass die Anmeldung an Schulen in freien Trägerschaften auch ohne Laufbahnerklärung möglich ist.

Herr Kogge weist darauf hin, dass ein Losverfahren nur für Gesamtschulen legitimiert. Schulbezirke für Gymnasien werden abgelehnt, da damit Zwang zum Besuch eines bestimmten Gymnasiums. Schafft Probleme mit Eltern, sollte vermieden werden.

Herr Lange informiert, dass der Bildungsausschuss des Landtages den Kultusminister gebeten hat, die VO zu den Kapazitätsfestlegungen beschleunigt auf den Weg zu bringen. Ist auf offene Ohren gestoßen.

Herr Kogge begrüßt dies, da die Schulentwicklungsplanung kein Glücksspiel sein darf.

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Frau Engelhardt verweist auf ein Schreiben der Schulelternräte der GS Trotha und Eisler, in dem zum Ausdruck kommt, dass vor der geplanten Fusion keine grundlegende Sanierung erfolgen soll. Unterschiedliche Aussagen zwischen ZGM und SVA.

Herr Kogge und Herr Hildebrand verweisen darauf, dass der Haushalt zurzeit in der Unterschriftsrunde ist. Danach konkrete Festlegungen auch zur Bauunterhaltung. Keine Komplettsanierung, nur teilweise wie Maler in den Sommerferien vorgesehen. Herr Kogge und Herr Hildebrand demnächst vor Ort in den beiden Schulen.

Frau Dr. Stark fragt nach der Richtigkeit des MZ-Artikels zur Schülerbeförderung.

Herr Kogge erklärt, dass dies der derzeitige Stand ist. Der MA der Verwaltung war jedoch nicht befugt damit an die Öffentlichkeit zu gehen.
Stadt verhandelt nach wie vor mit HAVAG und hofft auf Konsens.

Herr Bauersfeld fragt:

Warum Rauchmeldeanlagen im Cantor-Gymnasium erst jetzt in Betrieb genommen?

Nach der Bezahlung der DSL- Anschlüsse im Cantor-Gymnasium und der Möglichkeit der Nutzung von PC für Cantor-Schüler im Wohnheim.

Herr Hildebrand sagt Prüfung bis zur nächsten Ausschusssitzung zu.

zu 9 Anregungen

—

Für die Richtigkeit:

Datum: 04.05.09

Jürgen Zschocke
Protokollführer

Dr. Annegret Bergner
Ausschussvorsitzende